

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 29.11.2011

Mordserie der Neonazibande, das Versagen auch niedersächsischer Sicherheitsbehörden und die daraus zu ziehenden Konsequenzen für das Land Niedersachsen

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der Landtag stellt fest:

Terroristen des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds haben offensichtlich über zehn Jahre lang in Deutschland unerkannt schwerste Verbrechen verübt, darunter eine Reihe kaltblütiger Morde, Sprengstoffanschläge und schwere Raubüberfälle. Sie töteten gezielt Mitbürger mit Migrationshintergrund und eine junge Polizistin. Dutzende weitere Menschen wurden teils lebensbedrohlich verletzt.

In Politik und Öffentlichkeit wird kritisch die Rolle der Sicherheitsbehörden hinterfragt, insbesondere die des Verfassungsschutzes. Es ist bislang unerklärlich, wie und warum es der Gruppe trotz Kontakten und Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden über den neonazistischen Hintergrund und über Anschlagsvorbereitungen seit 1998 gelingen konnte, sich laufenden Ermittlungen zu entziehen und jahrelang unerkannt und unbehelligt ganze Serien schwerster terroristischer Verbrechen in mehreren Bundesländern zu verüben.

Der Landtag verurteilt mit tiefster Empörung die menschenverachtenden Verbrechen der Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“. Der Landtag nimmt Anteil am Leid der Opfer und dem Leid ihrer Familien. Sie müssen nun die volle gesellschaftliche Solidarität erhalten und können die vollständige politische und juristische Aufklärung aller Hintergründe sowie eine Verurteilung der Täter und Unterstützer dieses rechten Terrors zu Recht erwarten.

Der Landtag entschuldigt sich bei den Familien der Opfer für das Versagen von niedersächsischen Sicherheitsbehörden im Zuge der Ermittlungen gegen die Terrorgruppe.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Gründe für das Versagen niedersächsischer Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit dem in Niedersachsen lebenden Helfer der neonazistischen Terrorbande Holger Gerlach und mögliche weitere Verfehlungen vollständig und vorbehaltlos aufzuklären;
- die länderübergreifende Zusammenarbeit beim Kampf gegen Neonazismus, Antisemitismus und Rassismus zu verstärken;
- ein Landesprogramm gegen Neonazismus, Antisemitismus und Rassismus im Zusammenwirken mit Initiativen der Zivilgesellschaft zu entwickeln und umzusetzen;
- ein neues NPD-Verbotsverfahren zu initiieren und durch den Abzug aller V-Leute aus NPD-Führungsgremien die Voraussetzungen dafür zu schaffen,
- darüber hinaus alle V-Leute aus allen weiteren neonazistischen Organisationen abzuziehen;
- sich bei der Bundesregierung einzusetzen für die Rücknahme der Kürzungen bei Programmen gegen Neonazismus und die Rücknahme der jüngst eingeführten „Extremismus-Klausel“, mit welcher gesellschaftlich-antifaschistische Bildungsarbeit pauschal kriminalisiert und geschwächt wird;
- sich auf Bundesebene für die Einrichtung einer unabhängigen Beobachtungsstelle Neonazismus, Antisemitismus, Rassismus einzusetzen.

Begründung

Der neonazistischen Terrorserie muss ein klares und unmissverständliches Signal des niedersächsischen Landtages entgegengesetzt werden. Zugleich ist es höchste Zeit, dass beim Kampf gegen Neonazismus, Antisemitismus und Rassismus ein Paradigmenwechsel in Niedersachsen erfolgt. Das stereotype Gleichsetzen von Neonazis mit Linken muss beendet werden. Ein Blick in die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2010 genügt um festzustellen, dass es in Niedersachsen einen strukturell verankerten Neonazismus gibt. Mit 1 391 im Jahr 2010 verübten neonazistischen Straftaten bilden diese den Löwenanteil bei der sogenannten politisch motivierten Kriminalität. Es bedarf eines umfassenden Maßnahmenpakets, um nachhaltig gegen Neonazismus, Antisemitismus und Rassismus in Niedersachsen vorzugehen.

Ursula Weisser-Roelle
Parlamentarische Geschäftsführerin